

## GRUSSWORT



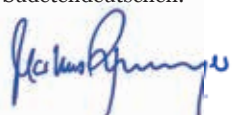
Ich grüße Sie im Namen der SPD-Landtagsfraktion und wünsche Ihnen beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen viele interessante Gespräche und ein freudiges Wiedersehen mit lieben Freunden und Bekannten.

Mich persönlich freut das diesjährige Motto „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“. Es zeigt den Weg in die richtige Richtung auf. Gemeinsam mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa gilt es in die Zukunft zu gehen. Gute Nachbarschaft und sogar Freundschaft sind das Ziel.

Zusammen mit meinen Landtagskollegen aus dem SPD-Fraktionsvorstand habe ich Ende April Prag besucht. Und unser erster Weg führte uns natürlich ins Büro von Peter Barton, dem „Chefdiplomaten“ der Sudetendeutschen in Tschechien. Ich bin beeindruckt und dankbar, mit welcher Leidenschaft er die Aussöhnung und Annäherung der beiden Nachbarländer vorantreibt.

Und ich teile seine Einschätzung, dass der neue, sozialdemokratische Premierminister Tschechiens, Bohuslav Sobotka, großes Interesse an noch besseren Beziehungen zu Bayern und zu den Vertriebenen hat.

Der Fraktionsvorstand hat Herrn Sobotka im persönlichen Gespräch als ausgesprochen offenen und zugänglichen Regierungschef erlebt. Früher standen oftmals eher Probleme im Mittelpunkt, inzwischen geht es vor allem um die gemeinsamen Chancen. Das macht Hoffnung – und ist auch ein Verdienst der Sudetendeutschen.



Markus Rinderspacher  
SPD-Fraktionsvorsitzender

## „Den Vertriebenen eng verbunden“

Interview mit Volkmar Halbleib, neuer Vertriebenen-Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion

Herr Halbleib, welche persönliche Verbindung haben Sie zum Thema Vertreibung?

Zunächst habe ich einen engen familiären Bezug. Meine Mutter wurde 1929 in der Nähe von Tachau im Sudetenland geboren und wurde im Alter von 16 Jahren Anfang 1946 mit ihren drei Brüdern und meiner Großmutter zwangsausgesiedelt. Nicht nur das Schicksal, das die Heimatvertriebenen erlitten haben, ist deshalb bei mir von frühester Jugend an präsent gewesen, sondern auch die immense Leistung, die die Vertriebenen beim Wiederaufbau erbracht haben. Dass Bayerns Entwicklung ohne die Vertriebenen, insbesondere die vielen Sudetendeutschen, nicht so erfolgreich verlaufen wäre, musste ich nicht in Schulbüchern nachlesen, sondern das war und ist in meiner Heimatstadt mit Händen zu greifen.

Was ist die politische Motivation für das Engagement als neuer vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion?

Da gibt es drei Gründe: Zum einen war die BayernSPD immer eng mit den Anliegen der Vertriebenen und deren Schicksal verbunden. Namen wie Wilhelm Hoegner, der die Sudetendeutschen offiziell als „4. Stamm“ der Bayern anerkannt hat, Volkmar Gabert und Peter Glotz, Franz Maget und Renate Schmidt haben sich hier besonders engagiert. In der Nachfolge von Christa Naab, die sich mit Landtagsempfängen für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie parlamentarischen Initiativen im Landtag unermüdlich für die Würdigung des Schicksals der Vertriebenen und ihrer Leistungen eingesetzt hat, will ich diese Traditionslinie fortsetzen und Ansprechpartner sein. Zum anderen



Treffen im Büro der Sudetendeutschen in Prag:  
Peter Barton im Gespräch mit Volkmar Halbleib

Foto: SPD

„Die Geschichte und das Erbe der Deutschen aus dem Osten ist nicht nur Sache der Vertriebenen, sondern der gesamten Gesellschaft.“

sind die Vertriebenen heute wichtige Brückenbauer zu unseren mittel- und südosteuropäischen Nachbarn und damit in eine gemeinsame europäische Zukunft. Und drittens: Die Themen Flucht und Vertreibung, ethnische Konflikte und die Missachtung von Minderheitenrechten sind auch heute noch weltweit brandaktuelle Themen.

Wie kann aus Ihrer Sicht das historische und kulturelle Erbe der Vertriebenen bewahrt werden?

Die Organisationen der Vertriebenen leisten hier sehr viel. Sie sollten dabei von staatlicher Seite nicht alleingelassen werden. Die Geschichte und das Erbe der Deutschen aus dem Osten sind nicht nur Sache der Vertriebenen, sondern der gesamten Gesellschaft. Als Mitglied im Haushaltsausschuss bin ich in den zurückliegenden Jahren stets dafür eingetreten, dass die Förderung nicht, wie lange geschehen, zurückgefahren, sondern verbessert wird.

SPD-Fraktionsvorstand trifft Ministerpräsident Sobotka

# Ermutigende Signale aus Prag



Spitzentreffen: Ministerpräsident Bohuslav Sobotka (4.v.l.): Stv. Fraktionsvorsitzende Dr. Simone Strohmayr, stv. Fraktionsvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger, Fraktionschef Markus Rinderspacher, Landtagsvizepräsidentin Inge Aures und Volkmar Halbleib. Foto: SPD

## Von Ulrich Meyer

Seit zehn Jahren gehört Tschechien zur EU – Anlass für den SPD-Fraktionsvorstand im Bayerischen Landtag, zum Jahrestag des Beitritts nach Prag zu reisen. Fraktionschef Markus Rinderspacher sieht die Mitgliedschaft als Erfolgsgeschichte: „Der EU-Beitritt hat sich auch für die nachbarschaftlichen Beziehungen als Glücksfall erwiesen. Kaum zu glauben, dass Bayern unter der CSU-Staatsregierung – damals als einziges Bundesland – wie auch die CSU-Europaabgeordneten gegen die EU-Mitgliedschaft Tschechiens gestimmt hatten.“

Die Kooperation hat sich in vielen Bereichen der Wirtschaft, der Kultur und zwischen den Bürgern inzwischen gut entwickelt. Und nicht zuletzt hat sich auch der Umgang der tschechischen Politik mit den Vertriebenen und ihren Interessen erheblich verbessert.

## Besuch im Sudetendeutschen Büro

Einen beträchtlichen Anteil daran trägt der langjährige Leiter der Sudetendeutschen Vertretung in

Prag, Peter Barton, mit dem die SPD-Delegation als erstes zusammentraf. Der neue vertriebenenpolitische Sprecher und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Volkmar Halbleib, würdigt Barton als zuverlässigen Partner. Bereits 2013 hatte die SPD-Fraktion Barton beim 6. Vertriebenenempfang im Bayerischen Landtag in München als „Brückenbauer“ ausgezeichnet.

## Junge Tschechen haben positives Interesse an Bayern

Barton berichtete beim Treffen mit den bayerischen Landtagsabgeordneten, dass es insbesondere bei jungen Tschechen ein positives Interesse an Deutschland und vor allem an Bayern gebe. Während die ältere Generation mit München oft noch das verheerende Münchner Abkommen von 1938 und die darauf folgende Besetzung Tschechiens assoziiere, denke die jüngere Generation bei München eher an den FC Bayern und die Alpen.

Als besonders berührend beschrieb Barton vermehrte Anfragen von Tschechen, die heute in ehemals von Sudetendeutschen bewohnten Gegenden und Häusern leben. Immer wieder erhalte er die Bitte um Informationen über frühere

Besitzer. Das Interesse an der gemeinsamen Geschichte sei zum Teil sehr groß. Es gebe sogar Anfragen, ob er helfen könne, alte Aufnahmen von inzwischen verfallenen Gebäuden zu finden, damit diese originalgetreu saniert werden könnten.

## Hoffnungsträger Sobotka

Die Entspannung und Annäherung ist nach Ansicht von Rinderspacher auch auf tschechischer Regierungsebene spürbar. Nach einem Gespräch mit dem neuen Premierminister Bohuslav Sobotka sagte Rinderspacher: „Ich bin sehr erfreut über die Offenheit und das Engagement der neuen Prager Regierung für die bayerisch-tschechische Zusammenarbeit.“ Es war das erste Zusammentreffen Sobotkas mit bayerischen Spitzenpolitikern seit seiner Amtsübernahme.

Halbleib betonte zugleich, die SPD-Fraktion habe bei allen Gesprächen mit der tschechischen Seite stets die Belange der Vertriebenen mit im Blick: „Auch mit dem neuen Premier haben wir zum Beispiel über das Projekt einer Dauerausstellung des Collegium Bohemicum in Aussig zur deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen gesprochen.“ Es ist also viel in Bewegung im bayerisch-tschechischen Verhältnis. Und die SPD-Fraktion begreift sich weiterhin als Schrittmacher.

„Mitgliedschaft Tschechiens in der EU ist ein Glücksfall.“



Auf der Karlsbrücke: v.l. (vorne): Vorstandsmitglieder Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr

Foto: SPD



## Erinnerung an Flucht und Vertreibung

## Vertriebenenengedenktage: Ja, aber wann?

Noch ist über das Datum eines Gedenktages an Flucht und Vertreibung nicht entschieden. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD jedoch geeinigt, „die mahrende Erinnerung“ lebendig zu halten und sich für die „weltweite Ächtung von Vertreibung ... und das Gedenken an die Opfer von Vertreibungen“ einzusetzen. Über das Für und Wider dafür in Frage kommender Tage hat Prof. Dr. Manfred Kittel, Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) am 26. Mai 2014 im Haus des Deutschen Ostens den hier dokumentierten Vortrag gehalten.

## Von Prof. Dr. Manfred Kittel

„Wir halten die mahrende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktage lebendig.“ Darauf haben sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag im Dezember 2013 verständigt. Noch im Juni hatte sich die SPD im Bundestag enthalten, als die damalige schwarz-gelbe Mehrheit die Bundesregierung aufforderte, sich bei den Vereinten Nationen (UN) für die Erweiterung des Weltflüchtlingstages (20. Juni) um das Gedenken an die Vertriebenen einzusetzen.

## Im Ziel einig

Wie die SPD ihr „Ja“ zu einem Gedenktage im Koalitionsvertrag verstanden wissen will, hat ihr kulturpolitischer Sprecher umgehend verdeutlicht: Das Gedenken dürfe sich nicht nur auf die deutschen Vertriebenen konzentrieren. „Sonst hätten wir erhebliche Einwände.“ Der Gedenktage müsse vielmehr die deutsche Vertreibungsgeschichte in den europäischen Kontext stellen und das Gedenken müsse auch allen Menschen anderer Nationalität gelten, die damals vertrieben worden seien. Ein eigener Akzent wurde demgegenüber in der Exegese des Koalitionsvertrages aus den Reihen der Unions-Fraktion gesetzt. Die Einigung bedeute, dass die Bundesrepublik, unabhängig von der Entscheidung der UN, einen „Gedenktage für die deutschen Vertriebenen“ einführen werde.

In der Konsenssuche zu einem Vertriebenenengedenktage spiegeln sich in gewisser Weise auch noch einmal die Debatten um eine historisch angemessene Ausstellungskonzeption für das Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin wider, die in den Jahren 2009 bis 2012 ihren Höhepunkt hatten. Hinsichtlich der Ausstellung haben sich die Gremien der Stiftung nach zweieinhalbjährigem Dialog im Sommer 2012 schließlich in breitem Konsens darauf geeinigt, dass Flucht und Vertreibung

der Deutschen den Hauptakzent bilden werden – eingebettet in die historischen Kontexte des nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungskrieges sowie der Geschichte der sog. „ethnischen Säuberungen“ in Europa im 20. Jahrhundert.

Sollte ein solcher Konsens nicht auch beim Gedenktage möglich sein? Welche historischen Daten gibt es, deren Kommemoration der bitteren Geschichte der deutschen Vertriebenen gerecht wird, ohne als unangemessene Fixierung auf das nationale Schicksal, als Ignoranz gegenüber der nationalsozialistischen Vorgeschichte und als Indolenz gegenüber den Leiden der europäischen Nachbarn in der NS-Zeit missverstanden zu werden?

Ob sich der **5. August** als Gedenktage eignete, an dem 1950 die Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen neben dem Gewaltverzicht auch das Recht auf die Heimat bekräftigte, braucht nicht weiter diskutiert zu werden. Ein Datum, das gesellschaftlich derart polarisiert hat – mag man die Argumente der Kritiker nun teilen oder nicht -, ist als Gedenktage wenig geeignet. Auch sind die Unionsparteien, die den Tag zeitweilig favorisiert hatten, in Folge der Kontroversen von dieser Option bereits abgerückt.

## Nationale Einzelereignisse...

Sichtet man weitere mögliche **Termine**, so ist zum einen die **Kategorie wichtiger historischer Einzelereignisse** zu prüfen, die die Perspektive der Opfer in den Vordergrund rücken. Im Hinblick auf Flucht und Vertreibung der Deutschen ließe sich hier an den Tag von Nemmersdorf denken, als Rotarmisten am 21. Oktober 1944 erstmals auf deutschem Staatsgebiet in

Ostpreußen ein Massaker an der dortigen Zivilbevölkerung verübten. Dass dieser Vorgang, der als erster von zahllosen, bald folgenden Verbrechen ähnlicher Art traurige Berühmtheit erlangte, von der NS-Propaganda ausgeschlachtet wurde, würden allerdings manche gegen einen solchen Gedenktage einwenden.

Weniger Bedenken gäbe es hier beim drei Monate später erfolgten Untergang des Flüchtlingsschiffes Wilhelm Gustloff (30. Januar 1945), das nach Torpedobeschuss durch ein sowjetisches U-Boot mit an die zehntausend Menschen an Bord in den Fluten der Ostsee versank. Die Tatsache, dass sich auf dem Schiff nicht nur deutsche Zivilisten, sondern auch Wehrmachtssoldaten befanden, wird zwar bei der kriegsvölkerrechtlichen Bewertung des Beschusses bis heute diskutiert, am Mitgefühl für die unschuldigen Frauen und Kinder sollte dies aber nichts ändern. Die Frage wäre wohl eher, mit welcher sachlichen Begründung sich der Untergang der „Gustloff“ als Gedenktage heranziehen ließe, da es noch eine Reihe weiterer tragischer Schiffsuntergänge gab (z.B. die „Goya“), die teilweise nicht viel weniger Opfer gekostet haben, wenn sie sich auch weniger ins kollektive Gedächtnis eingegraben haben.

Einzelereignisse wie die Geschichte der Gustloff hätten immer auch den „Nachteil“, dass sie einen mehr oder weniger starken regionalen Bezug haben. Für Sudetendeutsche oder Donauschwaben war der Untergang dieser Schiffe weit weg. In ihrer Erinnerung gibt es ganz andere Ereignisse, an denen sich der Schrecken von Flucht und Vertreibung symbolisch verdichtete. Für die Sudetendeutschen wären dies etwa der Prager Aufstand, das Massaker von Aussig oder der Brünner Todesmarsch 1945, für die Donauschwa-



Prof. Dr. Manfred Kittel  
(Stiftung Flucht, Vertreibung,  
Versöhnung)

ben vielleicht die Erinnerung an die Einrichtung eines der berüchtigten Internierungslager in Jugoslawien wie Rudolfsgnad oder Gakowa.

Bezieht man **außerdeutsche Ereignisse** mit ein, so kämen als besonders dramatische Episoden im Rahmen anderer sog. „ethnischer Säuberungen“ im Europa des 20. Jahrhunderts etwa der Brand von Smyrna am 13. September 1922 in Betracht, dem vor allem kleinasiatische Griechen zum Opfer fielen, oder die Befreiung der armenischen Widerstandskämpfer am Musa Dagh am 12. September 1915, die der Katastrophe ihres Volkes zu entgehen vermochten, oder auch der 11. Juli 1995 in Srebrenica, der düsterste Tag während der „ethnischen Säuberungen“ im zerfallenden Jugoslawien.

### ... oder europäische Gedenkanlässe?

Die beiden letzteren Daten würden allerdings auch Fragen der Abgrenzung zwischen Vertreibung und Völkermord aufwerfen, da der armenischen Katastrophe ebenso wie dem Massenmord an bosnischen Muslimen in Srebrenica in der Forschung heute überwiegend genozidaler Charakter zugesprochen wird. Bei Vertreibungen ist demgegenüber nicht die Ermordung möglichst aller Mitglieder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe die Hauptintention, sondern deren dauerhafte Entfernung aus der Heimat, wenn auch oft genug ebenfalls von Gewaltverbrechen begleitet. Darüber hinaus würde aber auch für die europäischen Gedenkanlässe das gelten, was für die erwähnten deutschen bereits konstatiert worden ist: Sie hätten einen je spezifisch nationalen oder auch „nur“ regionalen Bezugspunkt.

Ein Vertreibungsgedenktag sollte aber in seinem historischen Assoziationsspektrum idealerweise weiter greifen. Dazu scheinen opferzentrierte Daten tendenziell weniger geeignet als solche, die auch politische Entscheidungsprozesse fokussieren,

die den Vertreibungen zugrunde lagen.

Mindestens vier historisch wirkungsmächtige Themenkomplexe können hier diskutiert werden: Die Konvention von **Lausanne**, die am 30. Januar 1923 den (Zwangs-)Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei regelte, der **Hitler-Stalin-Pakt** vom 23. August 1923, der nicht nur am Beginn des Zweiten Weltkrieges steht, sondern auch ethnopolitisch höchst folgenreich war; dann die Kriegskonferenz von **Jalta** im Februar 1945, in deren unmittelbarer Folge die sogenannten „wilden Vertreibungen“ in Mitteleuropa begannen, oder schließlich der 2. August 1945, als im Abschlusskommuniqué der **Potsdamer Konferenz** der „Großen Drei“ die Sieger des Weltkrieges die vorgeblich „geordnete und humane Umsiedlung“ der noch in ihren östlichen Heimatorten verbliebenen Deutschen vereinbarten.

**Von seiner gesamthistorischen Bedeutung her wäre der Tag von Lausanne als Gedenktag zweifellos sehr gut geeignet.** Nach kleineren bilateralen Abkommen ähnlicher Art auf dem Balkan in den Jahren zuvor war die Lausanner Konvention die entscheidende und verhängnisvolle Weichenstellung auf dem Weg zur internationalen Akzeptanz von Bevölkerungsumsiedlungen als Mittel der Politik. Die demokratischen Mächte England, Frankreich, Italien sowie der Völkerbund standen Pate, als die Staatsmänner Griechenlands und der Türkei 1923 auf diese Weise den Konflikt zwischen ihren Ländern zu beenden oder zumindest zu entschärfen suchten – auf Kosten der seit Jahrhunderten in Griechenland lebenden Muslime und der seit Homers Zeiten in Kleinasien siedelnden Griechen. Kaum etwas kennzeichnet die tragische Bedeutung von Lausanne besser als die düstere Prophezeiung des britischen Außenministers Lord Curzon: „Eine durch und durch schlechte und böse Lösung, für welche die Welt während der nächsten 100 Jahre noch eine schwere Buße“ werde entrichten müssen.

Die führenden englischen und amerikanischen Politiker während des Zweiten Weltkrieges hatten die ihres Erachtens aber erfolgreiche Konfliktlösung à la Lausanne im Hinterkopf, als sie großflächige Vertreibungen von Deutschen in ihre

**Ein Vertreibungsgedenktag sollte in seinem historischen Assoziationsspektrum idealerweise weit greifen. Dazu scheinen opferzentrierte Daten tendenziell weniger geeignet als solche, die auch politische Entscheidungsprozesse fokussieren.**

politischen Planungen für die Nachkriegszeit aufnehmen. Roosevelt sprach schon im März 1943 davon, die Deutschen aus Ostpreußen „auf die gleiche Weise zu entfernen wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden“; das sei zwar hart, aber nur so werde der Frieden zu bewahren sein.

Insofern kommt dem scheinbar weit von Deutschland entfernten Tag von Lausanne auch für die deutsche Geschichte eine hohe Bedeutung zu. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass er dennoch manchen aus deutscher Sicht zu abstrakt vorkommen könnte, während andere – ganz im Gegenteil – einen noch direkteren Bezug zum Nationalsozialismus als letztlich auslösender Ursache für die Vertreibung für nötig halten. Und während es in Lausanne im Kern um die Lösung von bestehenden Minderheiten-Konflikten ging, war der größte Teil der 1945 vertriebenen Deutschen in ihrer Heimat nicht Minder-, sondern Mehrheitsbevölkerung gewesen.

Dennoch hätte es von der Sache her schon schlechtere Kompromisse gegeben als den für eine Einigung auf einen Lausanne-Gedenktag nötigen – wenn der Tag der Konvention von Lausanne kalendarisch nicht ausgerechnet mit dem Tag der NS-Machtübernahme koinzidiert würde, die exakt 10 Jahre später am 30. Januar 1933 stattfand. Ob es glücklich wäre, den „NS-Kontext“ ausgerechnet auf diese Weise zu vergegenwärtigen, scheint zweifelhaft. Das Ausweichdatum für Lausanne wäre demnach der 24. Juli, an dem 1923 der Friedensvertrag von Lausanne unterzeichnet wurde (dem die Konvention zum Bevölkerungsaustausch im Januar nur vorangegangen war).

Einen deutlicheren NS-Kontext als „Lausanne“ weist der **Hitler-Stalin-Pakt** auf, der am Anfang des zuerst deutschen und dann sowjetischen Angriffs auf Polen steht, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Der **23. August 1939** erinnert zudem an die ethnopolitischen Maßnahmen und Pläne beider Diktaturen, die das schon vorher bekannte Instrumentarium der Vertreibungen im großen Stil weiter anwandten und enttabuisierten und insofern zur unmittelbaren Vorgeschichte der Vertreibung auch der Deutschen am Kriegsende zu rechnen sind:

Die Nationalsozialisten waren zum einen für die Zwangsumsiedlungen sogar „eigener“ „volksdeutscher“ Minderheiten aus dem

Baltikum, Wolhynien, Bessarabien und der Dobrudscha verantwortlich, aber auch für die Vertreibung von Polen aus dem sogenannten Warthegau, von Slowenen aus der Untersteiermark oder Franzosen aus Lothringen. Hinzu kamen noch viel weiter reichende Konzepte unter dem Stichwort „Generalplan Ost“, die im Falle ihrer Realisierung Dutzende Millionen Menschen betroffen hätten. Auf sowjetischer Seite ist hier an das „Ausstoßen“ mehrerer Ethnien aus der Familie der Sowjetvölker – von den Wolgadeutschen über die Tschetschenen bis zu den Krimtataren – zu denken. Auch die Deportationen aus dem polnischen Osten in die Sowjetunion zwischen 1939 und 1941 gehören in diesen Kontext.

Klar gegen den 23. August als Gedenktag der Vertreibungen spricht allerdings der – in Deutschland noch relativ wenig bekannte – Beschluss des Europäischen Parlamentes, diesen Tag als Europäischen Gedenktag an die Opfer beider totalitärer Systeme zu begehen. Solange nicht klar ist, ob aus diesem Vorhaben wirklich ein Mosaikstein gemeinsamer europäischer Erinnerungskultur wird, wäre es jedenfalls merkwürdig, mit einem nationalen Gedenktag in Memorialkonkurrenz zum 23. August zu treten. Obendrein ist zu bedenken, dass manche einen derartigen Gedenktag sogar prinzipiell ablehnen, weil sie darin eine Relativierung der nationalsozialistischen Rolle beim Kriegsausbruch sehen.

### Entscheidende Weichenstellung

Aus mehreren Gründen besser geeignet als der 23. August wäre der Tag von **Jalta (4. oder 11.2.1945)**, wobei die Bedeutung dieser letzten großen Kriegskonferenz der späteren Siegermächte im kollektiven Gedächtnis der Deutschen – zu Gunsten von Potsdam – bislang eher unterschätzt wird und der Tag weder in Deutschland noch auf (west-)europäischer Ebene erinnerungskulturell stärker „besetzt“ ist. Und das obwohl in Jalta entscheidende machtpolitische Weichen nicht nur für die Teilung Europas, sondern auch hinsichtlich der Ermöglichung der folgenden Massenvertreibungen gestellt oder nachträglich bestätigt wurden. Dies geschah paradoxerweise gerade dadurch, dass gar keine definitiven Beschlüsse über Grenz- und Menschenverschiebungen getroffen wurden. Vielmehr wurden zentrale Entwicklungen der vorherigen Kriegsdiplomatie in Jalta faktisch sanktioniert, weil der todkranke US-Präsident Roosevelt für sein politisches Vermächtnis, die Schaffung von

Vereinten Nationen, Stalin fast alles zu konzedieren bereit war. Ohnehin stand die Rote Armee damals bereits an der Oder, während die USA auf dem zweiten, noch unentschiedenen pazifischen Kriegsschauplatz auf ein Eingreifen der Sowjetunion gegen Japan hofften und der Aufrechterhaltung des Kriegsbandnisses deshalb fast alles andere unterordneten.

So stimmten die Westalliierten in Jalta der Annexion großer östlicher Teile Zwischenkriegspolens durch die Sowjetunion zu. Im Gegenzug zur Anerkennung der neuen polnischen Ostgrenze, die nicht weit von der Linie des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 abwich – aber auch nicht weit von der Linie, die Lord Curzon schon Ende 1919 als polnische Ostgrenze vorgeschlagen hatte -, akzeptierten sie einen „beträchtlichen Gebietszuwachs“ Polens im Westen, also in den bis dahin deutschen Ostgebieten Preußens bis zur Oder und zur Glatzer Neiße. Eine definitive Grenzfestlegung vermieden sie zwar, um Druckmittel für ihr Ziel eines demokratischen, nicht kommunistischen Nachkriegspolens zu behalten. Doch gerade dadurch stachelten sie die Sowjets und ihre kommunistischen Verbündeten in Ostmitteleuropa an, auch ohne förmliche Übereinkunft Massenvertreibungen zur Schaffung vollendeter Tatsachen ins Werk zu setzen. Viele Hunderttausende Deutsche wurden deshalb bereits nach Jalta und noch vor Potsdam zum Opfer sogenannter „wilder Vertreibungen“, die bei Weitem nicht so spontan „von unten“ initiiert waren wie der Begriff suggeriert, sondern gezielt „von oben“ angeschoben.

Darüber hinaus verweist Jalta noch auf weitere historische Kontexte: Bei den Vertreibungen aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien, wo auch wirkliche oder vermeintliche Illoyalität deutscher Minderheiten vor und während der NS-Zeit als Argument diente, waren die Begründungszusammenhänge anders als im deutsch-polnischen Fall. Hier standen nicht einmal die grauenhaften NS-Verbrechen an Millionen Menschen in Polen im Mittelpunkt, sondern die von den Alliierten gesehene Notwendigkeit, Warschau für Gebiets-

verluste im Osten zu entschädigen. Dass diese Gebiete zwar historisch-kulturell eng mit Polen verbunden gewesen, in ethnischer Hinsicht aber sehr gemischt waren, spielte dabei keine Rolle; ebenso dass das gleichfalls an die Sowjetunion fallende Lemberg mehrheitlich polnisch geprägt war.

Für Jalta spricht mithin auch die Möglichkeit, von diesem Tag her eine differenzierte Perspektive der polnischen Position zu gewinnen: Die polnischen Kommunisten („Lubliner Komitee“) ließen sich schon aus Selbsterhaltungsgründen auf den großen Gebietsaustausch ein. Die Exil-Polen in London dagegen strebten zwar durchaus Gebietserweiterungen im Westen an, sträubten sich aber lange gegen eine so gigantische Westverschiebung ihres Landes, wie die Großmächte sie planten. Breslau und Stettin, so ließ der polnische Exil-Ministerpräsident noch im Herbst 1944 verlauten, seien doch „fast völlig deutsch“. Die Beschlüsse von Jalta wurden dann als „fünfte Teilung Polens“ kritisiert.

Über seine starken deutsch-polnischen Aspekte hinaus hat Jalta noch weitere deutsche und europäische Bezüge: Auch in der Tschechoslowakei begann bald darauf die „wilde Vertreibung“ der Sudetendeutschen. Zudem verweist die auf der Krim sanktionierte Teilung Europas und die sich dort anbahnende Sowjetisierung seines östlichen Teils auf das Schicksal von vertriebenen Ungarn, Slowaken, Kareliern, Italienern und vieler anderer – darunter auch von Polen östlich des Bug, die aufgrund der Politik Stalins schon ab Herbst 1944 umgesiedelt wurden, um das Lubliner Regime anzuspornen, die polnischen Grenzen im Gegenzug so weit wie möglich nach Westen zu verschieben.

Schwieriger als der Tag von Jalta wäre der Abschluss der **Potsdamer Konferenz (2. August 1945)**. Erstens wird er bei manchen Kritikern der Stuttgarter Charta von vornherein auf Bedenken stoßen, weil die Charta 1950 im Kontext des

**In Jalta wurden entscheidende machtpolitische Weichen gestellt: nicht nur für die Teilung Europas, sondern auch hinsichtlich der folgenden Massenvertreibungen.**



fünften Jahrestages des Endes der Potsdamer Konferenz entstanden ist. Zweitens steht bei Potsdam das Schicksal der deutschen Vertriebenen so sehr im Vordergrund, dass dies die oben erwähnten Einwände auslösen würde. Drittens wäre das Datum selbst im Blick auf die Vertreibung der Deutschen insofern irreführend, als Potsdam „nur noch“ den zweiten, stärker bürokratischen, wenngleich nicht humaneren Teil des Massenexodus regelte, während Flucht und „wilde“ Vertreibung schon vor dieser Konferenz stattgefunden hatten. Viertens könnte Potsdam den Blick gar zu sehr auf die Siegermächte richten und die deutsche Verantwortung für die Entstehung der vertreibungs-ermöglichenden machtpolitischen Konstellation in Europa verwischen. Fünftens schließlich ist ein Termin in den Sommerferien auch aus praktischen Erwägungen ziemlich ungeeignet.

Blieben als letzte Kategorie möglicher Gedenktage solche, die sich auf die **Integration der Heimatvertriebenen** in der Bundesrepublik konzentrieren. Da hier von vornherein eher das Verhältnis zwischen den zwangsweise Zugewanderten und den Einheimischen in den vier Besatzungszonen und dann später in den beiden deutschen Staaten im Mittelpunkt des Gedenkens stünde – und nicht die Alliierten und die ostmitteleuropäischen (Exil-)Regierungen –, würde dies tendenziell weniger außenpolitische Sensibilitäten berühren.

Allerdings sind die in Frage kommenden Bezugspunkte eher blasser, juristischer Art: der parlamentarische Beschluss bzw. das Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes vom 1. September 1952 oder das Bundesvertriebenengesetz vom 5. Juni 1953. Gedenktermine dieser Art könnten auch der Wahrnehmung der Vertriebenenintegration als allzu glatter Erfolgsgeschichte Vorschub leisten. Weder die von vielen zunächst erfahrene Dimension einer neuen „kalten Heimat“

noch die für viele lebenslangen Traumatisierungen kämen so angemessen in den Blick. Außerdem handelt es sich hier um Weichenstellungen im Westen Deutschlands, während sich die Integration der Vertriebenen in der DDR (die dort beschönigend als „Umsiedler“ tituliert wurden) viel schwieriger gestaltete. Auch weil die DDR proportional noch sehr viel stärker von Flüchtlingen und Vertriebenen geprägt wurde als die Bundesrepublik, wäre ein rein westdeutscher Erinnerungsanlass nicht ideal.

Träfen diese Bedenken auch für den möglichen Ausbau des ab 1949 in den alten Bundesländern entstandenen „Tages der Heimat“ am ersten Septembersonntag zum gesamtdeutschen Gedenktag zu? Zunächst ist festzuhalten, dass der „**Tag der Heimat**“ seit den 1990er Jahren auch in den östlichen Bundesländern begangen wird. Andererseits hat er als langjähriges Forum politischer Forderungen landsmannschaftlich organisierter Vertriebener nach dem „Recht auf die Heimat“ eine spezifisch deutsche Konnotation. Ob dies dadurch ausgeglichen würde, dass gerade auch aus den Basisverbänden der Vertriebenen heraus schon seit vielen Jahren europäische Versöhnungsarbeit „an den Graswurzeln“ geleistet wird und der „Tag der Heimat“ über die Jahrzehnte von Ministerpräsidenten und Kommunalpolitikern unterschiedlicher parteipolitischer Couleur mitgetragen wurde, scheint offen. Die von Bayern und Hessen im Frühjahr 2013 vorgenommenen Schritte, gewissermaßen in weiterentwickelnder Anknüpfung an den alten „Tag der Heimat“ den zweiten Septembersonntag als landesweiten Gedenktag einzuführen, haben allerdings bereits Fakten geschaffen, die bei einer Erörterung möglicher Termine für einen gesamtdeutschen Gedenktag ebenfalls in Betracht zu ziehen sind.

### Europäisch statt global

Bleibt noch der seit 2001 am **20. Juni** begangene **Weltflüchtlingstag**. Als die Vereinten Nationen im Dezember 2000 anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung ihres Flüchtlings-Hilfswerks (UNHCR) den 20. Juni proklamierten, wurde dieser Tag im Blick auf eine bestehende Tradition afrikanischer Länder

**Europa kann als Solidargemeinschaft nur dauerhaft bestehen, wenn es auch eine über die nationalen Gedächtnisse hinausreichende gemeinsame Erinnerung gibt.**

ausgewählt, den 20. Juni für ihren Kontinent als Flüchtlingsstag zu begehen. Der konkrete historische Bezugspunkt dabei ist allerdings auch nur blasser juristischer Art: Am 20. Juni 1974 trat ein Erlass der Organisation für Afrikanische Einheit zur Regelung der Probleme von Flüchtlingen in Afrika in Kraft.

Globales Denken ist heute immer angemessen. Die Flüchtlingsdramen in Afrika und andernorts gehen auch uns in Europa an. Gleichwohl ist zu betonen, dass es angesichts der Dimensionen der Vertreibungen in Deutschland und Europa im 20. Jahrhundert reichlich Veranlassung gibt, gedenkpolitisch nicht auf andere Kontinente auszuweichen, sondern sich eigener Betroffenheit und eigener Verantwortung zu stellen und dies idealerweise auch schon im historischen Bezugspunkt eines Gedenktages klarzumachen. Könnte der Blick auf Afrika sonst nicht davon ablenken, dass „ethnische Säuberungen“ cum grano salis eine „europäische Erfindung“ waren und von den Kolonialmächten zunächst in ihren überseeischen Gebieten erprobt wurden, bevor sie – vom Südosten des Kontinents her – in Europa Einzug hielten? Ob und wie die mögliche nationale Ausgestaltung eines Gedenktags am 20. Juni diese Bedenken zerstreuen könnte, ist noch nicht zu sehen.

Lausanne, Jalta, der zweite Septembersonntag oder doch der Weltflüchtlingstag? Man darf gespannt sein, zu welcher Auslegung des Koalitionsvertrags die Parteien kommen. Ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein ist angesichts der tiefen nationalstaatlichen Schichtungen des Kontinents allenfalls ein sehr langfristiges Ziel. Dennoch hat etwa Bronislaw Geremek recht mit seiner Bemerkung, dass Europa als Solidargemeinschaft nur dauerhaft bestehen könne, wenn es auch eine über die nationalen Gedächtnisse hinaus reichende gemeinsame Erinnerung gebe. Zu den denkbaren Kristallisationspunkten solcher transnationaler Erinnerung hat Claus Leggewie nach dem ersten Kreis des „Holocaust“ und dem zweiten des „Sowjetkommunismus“ als einen weiteren von insgesamt sieben Kreisen die „Vertreibungen als gesamteuropäisches Trauma?“ gezählt. Neben dem berechtigten Anliegen, Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen einen angemessenen Raum in der nationalen Erinnerungskultur zu geben, sollte ein Gedenktag der Vertreibungen auch diese europäischen Perspektiven berücksichtigen.



## BdV-Spitze als erstes bei der SPD-Fraktion

Als erste Fraktion in der neuen Wahlperiode haben die SPD und ihre Vertriebenenpolitiker Mitte Mai führende Repräsentanten des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften zu einem „Parlamentarischen Abend“ in den Bayerischen Landtag eingeladen. Dabei wurde unter anderem wurde über einen bundesweiten Gedenktag für Vertreibungen und die finanzielle Förderung der Vertriebenenarbeit diskutiert. Der vertriebenenpolitische Sprecher und Parlamentarische Geschäftsführer, Volkmar Halbleib, betonte, die SPD-Fraktion habe immer wieder mit Haushaltsanträgen versucht, den BdV zu unterstützen: „Ihre Arbeit verdient eine Perspektive und braucht eine solide Basis.“ Seitens der Vertriebenenverbände nahmen an dem mehrstündigen Meinungsaustausch teil: BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, sein Stellvertreter Alfred F. Kiplinger und

BdV-Landesgeschäftsführer Walter Föllmer, des Weiteren Gertje Anton (Deutsch-Baltische LM), Paul und Gerda Beiwinkler (LM Donauschwaben), Ernst Schroeder (LM der Pommern in Bayern), Georg Hodolitsch und Hans Schmuck (LM der Deutschen aus Ungarn), Dr. Alfred Baron, Elimar Brandstetter, Ingrid und Karl Nestl von der LM Litauen, Dr. Alfred Lange (Bund der Danziger), Thomas Erös und Cornelia Perecsenyi von der LM Sathmarer Schwaben, Georg Faltin (HOG Oberwischauer) und Susanne Marb (BdV). Gastgeber waren u. a. Volkmar Halbleib, seine Vorgängerin Christa Naaß, Landtagsvizepräsidentin Inge Aures und ihr Vorgänger Franz Maget sowie BdV-Vizepräsident Albrecht Schläger.



## Bundespräsident erinnert an Czech

Der Co-Vorsitzende der Seliger-Gemeinde, Dr. Helmut Eikam, hat Bundespräsident Joachim Gauck bei dessen Staatsbesuch in Tschechien die Gedenktafel für Dr. Ludwig Czech (1870 bis 1942) im ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt gezeigt. Der 1870 in Lemberg geborene Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) von 1921 bis 1938 und mehrfache Minister in der Tschechoslowakischen Republik verstarb am 20. August 1942 in Theresienstadt. Die Gedenktafel würdigt Czech auf Tschechisch, Deutsch und Englisch. Sie geht auf eine Initiative von Volkmar Gabert zurück und wurde 1993 im Beisein von Präsident Vaclav Havel, dem österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky und Dr. Hans-Jochen Vogel enthüllt.

## Endlich: Bayern eröffnet eigene Vertretung in Tschechiens Hauptstadt

### Von Christa Naaß

Als Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates begrüße ich die Entscheidung der Staatsregierung, noch in diesem Jahr in Prag eine Bayerische Vertretung zu eröffnen.

Dabei erinnere ich mich noch, dass ich als damalige vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion bereits im April 2009 eine solche Einrichtung gefordert habe. Im Landtag beantragten Franz Maget und ich, die Staatsregierung solle die seit Juli 2007 in Prag bei der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer angesiedelte Bayerische Repräsentanz in Tschechien zu einem eigenständigen, personell gut ausgestatteten Büro ausbauen. Dieser Antrag wurde jedoch von allen anderen Fraktionen und der Staats-



Das historische Stadtpalais „Zur Goldenen Melone“ als künftige Vertretung Bayerns in der Prager Altstadt

Foto: Bay. Staatskanz-

regierung abgelehnt.

Damals wies ich darauf hin, dass Tschechien wichtigster Handelspartner Bayerns in Mittel- und Osteuropa und weltweit der siebtwichtigste Handelspartner des Freistaats ist. Die unmittelbare Nachbarschaft und der EU-Beitritt Tsche-

„Die Arbeit des Sudetendeutschen Büros darf nicht geschmälert werden.“

chiens haben enormes wirtschaftliches Engagement auf beiden Seiten hervorgerufen. Die Aufgaben sind gewachsen: Auch Bereiche jenseits von Wirtschaft und Handel dürfen künftig nicht zu kurz kommen, denn die Beziehungen zwischen Bayern, Böhmen und Mähren entwickeln sich gut. Dabei darf freilich die wertvolle Arbeit des bestehenden Sudetendeutschen Büros in Prag nicht geschmälert werden.

Mit der Vertretung in der Prager Altstadt wird endlich das realisiert, was seit Jahren geboten gewesen wäre. Doch besser spät als nie.





Ausgezeichnet: Für ihre Verdienste um die Bewahrung des kulturellen Erbes der Vertriebenen und der Verständigung mit ihren Herkunftsländern wurden (v.l.) Olga Sippl, die Ehrenvorsitzende der Seliger-Gemeinde, Peter Barton, Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag, Ernst Schroeder, Landesvorsitzender der Pommern in Bayern, und Dr. Peter Becher, Geschäftsführer des Adalbert-Stifter-Vereins beim Vertriebenenempfang der SPD-Landtagsfraktion von Christa Naaß (Mitte) geehrt.

SPD

## Leseempfehlung

Von Franz Maget

Das Verhältnis zwischen SPD und Vertriebenenverbänden hat sich mehrfach gewandelt: von großer Eintracht zu Zeiten von Wenzel Jacksch bis zu offener Zwietracht infolge der Ostpolitik Willy Brandts. Der junge Historiker Matthias Müller widmet seine Doktorarbeit „Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949 bis 1977“, Lit Verlag, Berlin 2012, diesem Thema. Er analysiert das Scheitern der Beziehungen, wie die SPD dabei Wähler verliert, sich aber auch der BdV durch eine



einseitige parteipolitische Orientierung in eine Sackgasse manövriert hat. Dass wieder Brücken gebaut werden, ist in beider Interesse, urteilt – auch – der Autor. Solche Einsichten bieten eine gute Basis für die im Gang befindliche Wiederannäherung.

## Ortstermin im „Haus der Heimat“



(v.l.n.r. Christa Naaß, Doris Hutter, Volkmar Halbleib und Helga Schmitt-Bussinger. Foto: SPD)

Das „Haus der Heimat“ in Nürnberg-Langwasser ist eine herausragende Kultur- und Begegnungsstätte für Vertriebene, Aussiedler und deren junge Generation. Die vielen guten Projekte müssen aber finanziell auf einer sicheren Basis stehen.

Dafür setzt sich die SPD im Landtag ein. Dies sicherten die stellv. mittelfränkische Bezirkstagspräsidentin Christa Naaß, ihr Nachfolger als vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Volkmar Halbleib sowie die örtliche Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger bei einem Informationsbesuch der Geschäftsführerin Doris Hutter zu, nachdem Kürzungen im Staatshaushalt abgewendet werden konnten. Dem Dachverband „Haus der Heimat e.V.“ gehören inzwischen 37 Mitgliedsvereine an, darunter verschiedene Landsmannschaften und der örtliche Bürgerverein Langwasser. Das Angebot reicht von Nachhilfe, Deutschkursen und Freizeitangeboten wie Tanz-, Gesangs- und Theatergruppen bis zum Musikunterricht. Ein besonderer Fokus liegt auf der Beratung von Rumänien- und Russlanddeutschen durch geschulte ehrenamtliche Mitarbeiter.

## Buchtipps

Peter Becher (Hg.): Kakanische Kontexte. Reden über die Mitte Europas. 224 Seiten, gebunden, 24 Euro. ISBN: 3701312168

Seit ihrem Untergang hat die k.u.k. Donaumonarchie gegensätzlichste Reaktionen hervorgerufen. Je mehr sich die 100. Jahrestage ihres Untergangs (1914 Sarajewo, 1918 Kriegsende) nähern, umso stärker wird „Kakanien“ erneut zum Thema. In welchen Kontexten wird die kakanische Lebenswelt heute gesehen, mit welchen Überlegungen verbinden Intellektuelle wie Karl Schlögel, Karl-Markus Gauß, Dževad Karahasan oder György Konrád ihren Blick auf die Geschichte? Diesen Fragen gehen die Beiträge dieses Bandes nach, dem eine Vortragsreihe des Münchner Adalbert-Stifter-Vereins zugrunde liegt.



Von einstigen Gegnern zu heutigen Partnern. Prominente Autoren schildern den Wandel des Verhältnisses zwischen SPD und Kirchen und behandeln dabei auch brisante gesellschaftliche Themen.

Franz Maget (Hg.), Kirche und SPD. Von Gegnerschaft zu Gemeinsamkeiten. Volk Verlag München, 2014.

ISBN: 3862221474



## Wir sind für Sie da!

### Ihre Ansprechpartner im Landtag

**Volkmar Halbleib**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Vertriebenenpolitischer Sprecher  
Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg  
volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de

**Markus Rinderspacher**, MdL  
Fraktionsvorsitzender  
Maximilianeum, 81627 München  
markus.rinderspacher@bayernspd-landtag.de

**Dr. Linus Förster**, MdL  
Europa- und jugendpolitischer Sprecher  
Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg  
linus.foerster@bayernspd-landtag.de

**Reinhold Strobl**, MdL  
Mitglied im Ausschuss für  
Haushalts- und Finanzfragen  
Birkenweg 33, 92253 Schnaittenbach,  
reinhold.strobl@bayernspd-landtag.de

### Unserem vertriebenenpolitischen Beirat gehören ferner an:

**Dr. Peter Becher**,  
Geschäftsführer Adalbert-Stifter-Verein  
**Waldemar Deischl**,  
Seliger-Gemeinde München  
**Petra Ernstberger**, MdB  
**Rita Hagl-Kehl**, MdB  
**Peter Hillebrand**, ehem. Landesgeschäftsführer  
djo – Deutsche Jugend in Europa  
**Franz Maget**, ehem. Landtagsvizepräsident  
**Christa Naaß**, Generalsekretärin Sudetendeutscher Rat, ehem. MdL  
**Reinhold Perlak**, Altoberbürgermeister  
Straubing, ehem. MdL  
**Albrecht Schläger**, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Co-Bundesvorsitzender der Seliger-Gemeinde, Vorsitzender des Verwaltungsrates im deutsch-tschechischen Zukunftsfonds  
**Olga Sippl**, Gründungsmitglied und Ehrenvorsitzende der Seliger-Gemeinde  
**Beatrix Zurek**, Stadträtin München



### Impressum

BayernSPD-Landtagsfraktion  
Maximilianeum  
81627 München  
bayernspd-landtag.de  
verantwortlich:  
Pressesprecher Ulrich Meyer  
© SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag